

Gespräch zwischen Aiman Mazyek und Wolfgang Thierse

Teil des Problems *und* Teil der Lösung?

Über die Rolle von Religion im Integrationsprozess

Wie kann Integration in Deutschland gelingen? Welche Funktion hat dabei die Religion, welche der Staat? Über diese und andere Fragen unterhielten sich Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, und Wolfgang Thierse, ehemaliger Bundestagspräsident. Es moderierte Dagmar Mensink, Mitglied im Vorstand des AK Christinnen und Christen in der SPD.

NG/FH: Flüchtlinge, die dauerhaft in Deutschland leben werden, sollen sich schnellstmöglich integrieren, darin sind sich irgendwie alle einig. Wie würden Sie einem Menschen, der im letzten Jahr aus einem Kriegsgebiet hierhergekommen ist, erklären, was damit eigentlich gemeint ist?

Aiman Mazyek: Für die Mehrheit der Flüchtlinge, die ich kennengelernt habe, ist Integration eine absolute Selbstverständlichkeit. Wenn ich vor Krieg und Verfolgung flüchte, dann bringe ich mich in ein Land, in dem Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit herrschen, natürlich vollends ein. Vor diesem Hintergrund sehe ich es durchaus als eine Schwierigkeit an zu verlangen: »Du musst dich integrieren.« Deshalb ist der Flüchtling doch gekommen. Für ihn ist es selbstverständlich, u.a. die Sprache zu erlernen. Mein Schwager ist mit seinem Sohn beispielsweise aus Syrien hierhergekommen. Seine erste Frage war: »Wann beginnt die Universität für meinen Sohn? Ich will ihn einschreiben.« Ich sagte ihm: »Sachte, er muss erst einmal die Sprache lernen.« Seine Antwort: »Das machen wir alles parallel.«

Wolfgang Thierse: Ich will mal alle grundsätzlichen Definitionsversuche beiseitelassen. Integration bedeutet zunächst auch die Übernahme einer Anstrengung. Dazu gehört, die Sprache zu erlernen, Recht und Gesetz kennen zu lernen und zu respektieren, ebenso die Grundüberzeugungen des Landes, auch dessen Kultur, und sich der Mühe zu unterziehen, sich in den alltäglichen Lebensrhythmus dieser Gesellschaft einzupassen. Wenn man das an jemanden adressiert, als Wunsch, als Aufforderung, müssen wir den zu uns Kommenden natürlich auch genau die Chance dafür geben. Und deswegen heißt Integration die Chance zur gleichen Teilhabe an Bildung, an Arbeit, an sozialer Sicherheit, an Kultur und Demokratie, um die wesentlichen Dimensionen unseres Zusammenlebens zu bezeichnen.

NG/FH: Chance zur gleichen Teilhabe, das hat ja zunächst einmal mit Religion gar nichts zu tun. Und trotzdem diskutieren wir hier über weite Strecken die Frage nach der Integration mit Blick auf den Islam. Die Schlüsselfrage der Debatte ist: Gehört der Islam zu Deutschland?

Thierse: Bevor wir über den Sinn und Unsinn dieses Satzes sprechen, möchte ich anmerken: Je öfter man einen Satz wiederholt, umso sinnleierter wird er im Allgemeinen. Man muss einfach eine Trivialität aussprechen: Wer in ein anderes Land kommt, der kommt in ein geschichtlich-kulturell und damit auch religiös-weltanschaulich geprägtes Land.

Mazyek: Klar.

Thierse: Das ist keine ausgrenzende Feststellung. Und zu der geschichtlich-kulturellen Prägung dieses Landes gehört vor allem auch das Christentum und in erheblich geringerem Ausmaß der Islam. Das ist eine geschichtliche Tatsache, kein Vorwurf. Und weil der Islam die im Vergleich zum Christentum jüngere, unbekanntere und damit fremde und mit Vorurteilen belastete Religion ist, ist das ein Thema von Integration. Der Islam wird vor diesem historischen Hintergrund und wegen der geringeren Kenntnis, der geringeren alltäglichen Erfahrung mit einer anderen, auch quantitativ wichtiger werdenden Religion in Deutschland zu einer Herausforderung.

Mazyek: Das Erste kann ich nur unterstreichen. Das Christentum ist in vielfältiger Form prägend, zum Beispiel auch in manchen Kontexten als Antithese zur Aufklärung. Was ich bedaure, ist, dass man entweder eine Vereinnahmungsdebatte führt, mit Verweis auf das christlich-jüdische Abendland; oder eine Abgrenzungsdebatte, das christlich-jüdische Abendland mit Ausschlusscharakter. Wir müssen auch die jüdisch-muslimisch-hellenistischen Einflüsse respektieren, die Europa neben dem Christentum auch hat. Wir müssen allen Religionen einen Platz zuweisen und sollten auch noch einmal feststellen, dass das Christentum eben nicht aus Brandenburg oder Köln kommt, sondern aus dem Morgenland. Da muss man atmosphärisch wieder ein bisschen geradebiegen, was in dem Satz »Wir sind vor allen Dingen christlich geprägt« sehr oft mitschwingt.

Thierse: Ich verstehe nicht die Abwehr gegen die Selbstbeschreibung als »christliches Abendland«, die Sie indirekt formulieren. Ich möchte dies nicht Pegida überlassen. Ursprünglich ist damit ja die dominante Prägung Europas durch das Christentum in einer 2.000-jährigen Geschichte gemeint. – Eine kleine Nebenbemerkung: Das Verhältnis von Christentum und Aufklärung ist nicht so einfach, das ist keine Antithese...

Mazyek: ... ich hatte gesagt: *auch* als Antithese...

Thierse: ... denn das Christentum hat in bestimmter Weise die Aufklärung selbst erzeugt...

Mazyek: ... Ja, es hat den Humanismus aufgearbeitet...

Thierse: ... und damit sozusagen noch mal einen eigenen Widerspruch. Das ist eine gemeinsame Geschichte, deswegen ist es schon richtig zu sagen, die Aufklärung selbst, die das Christentum erzeugt hat, hat das Christentum erheblich verändert und zugleich den Widerspruch zum Christentum auf diesem Kontinent intellektuell etabliert.

Ich teile Ihre Auffassung, dass geschichtliche Kenntnisse dabei helfen können, allzu billige Vorurteile zu überwinden. Aber die Menschen können niemals ohne Vorurteile auskommen. Bildung, nicht nur die des Schulsystems, und auch die öffentliche Kommunikation, müssen von der Vorurteilsstruktur des Einzelnen wissen. Was fremd ist, demgegenüber kann ich noch kein differenziertes Urteil haben, sondern notwendigerweise ein Vorurteil. Und deshalb ist es Aufgabe auch des Fremden, dazu beizutragen, dass die Fremdheit überwunden wird.

Ich glaube, dass die Arbeit am differenzierten Urteil, an einer alltäglichen Kultur von Toleranz und Respekt, selbstverständlich eine Aufgabe der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ist, darin auch der Christen, der Atheisten, der Agnostiker, aber sie ist eben ganz wesentlich auch eine Aufgabe der neuen und jüngeren muslimischen Gemeinschaft, die die Mehrheit ihnen nicht abnehmen kann. Beide haben die Aufgaben Fremdheit zu überwinden, zum differenzierten Urteil beizutragen.

Mazyek: Ich finde den Aspekt der Vorurteile – nicht jenen der Fehltritte, die man korrigieren müsste, sondern im Sinne einer vorgefassten Meinung – interessant. Es geht gar nicht ohne. Sonst würde man nicht weiterkommen.

Wir erleben aber mit dem deutlichen Hinweis auf das christliche Abendland auch eine Abwehr gegenüber anderen Einflüssen. Der kann man begegnen, indem man zumindest versucht darüber aufzuklären, welche Prägungen die anderen Kulturen und Religionen für Europa haben. Ohne die Vermittlung durch die Araber hätten wir die griechischen Philosophen nicht. Das sage ich nicht, um mein eigenes Selbstbewusstsein zu stärken, sondern um damit das Selbstverständnis, auch das von Europa, ein Stück weit zu festigen. Es geht darum, Einflüsse von muslimischen oder arabischen Philosophen auf Europa wahrzunehmen, einzuordnen und etwas präsenter zu machen.

Thierse: Das ist auch eine Aufgabe von im besten Sinne akademischer, wissenschaftlicher Arbeit, ...

Mazyek: ... ja und da ist einiges zu kritisieren ...

Thierse: ... die wirkliche Kultur- und Geistesgeschichte des europäischen Kontinents auf eine verständliche Weise den Bürgern dieses Landes nahezubringen. Eigentümlich ist doch, dass dieses dumpfe Zeug von Pegida und die derzeitige, teilweise offensive, militante Präsenz des Islam in der Welt die Europäer wieder an ihre Prägungen erinnert. Wir können uns noch daran erinnern, dass es zur liberalen Kommunikationsdominanz gehörte, den christlichen Einfluss in Europa zu vernachlässigen. Es galt als stinkkonservativ, das Wort Abendland überhaupt in den Mund zu nehmen.

Das sei ja durch die Aufklärung überwunden und die Säkularisierung sei die dominante Tendenz der Moderne. Und jetzt widerlegt der Islam global, dass dieser einfache Satz so weder in Europa noch für Deutschland stimmt. Dies ist eine Irritation auch für den aufgeklärten Teil des Landes. Diese neue, widersprüchliche Vitalität von Religion ist ein Teil der Gegenwart, über die man öffentlich reden muss. Auch deshalb sage ich etwas kämpferisch: Wenn Religion ein Teil des Problems von Integration ist, dann müssen selbst die aufgeklärten Atheisten oder Agnostiker begreifen, dass Religion auch ein Teil der Lösung des Problems sein kann und sein sollte und man sich auf neue Weise auf sie einlassen muss.

Mazyek: Wie Jürgen Habermas sinngemäß gesagt hat: Auch eine säkulare Gesellschaft ist auf Religion angewiesen, um den sozialen Kitt zu wahren. Habermas ist bestimmt nicht in seinen späten Jahren sozusagen umgekippt und hat sich dem Religiösen zugewandt.

NG/FH: Aber diese Wiederentdeckung des christlichen Abendlandes passiert ja genau in einer Situation, in der die religiösen Bindungen auch derer, die noch einer christlichen Kirche angehören, tendenziell eher abnehmen, sehr individuell werden. Wo hat die Berufung auf das christliche Abendland eigentlich ihre Basis?

Thierse: Genau deswegen ist das ja auch eine ganz schiefe Schlachtordnung, die wir da in Dresden bei Pegida erleben. Eine mehrheitlich nicht mehr christlich-religiös geprägte Menge von Menschen schwingt sich auf, das Abendland gegen dessen Islamisierung zu verteidigen. Aber ich nehme das ernster! Der Islam, sofern er sich ernst nimmt, ist eben auch eine ernsthafte Anfrage an die Überzeugungswelt der Deutschen und Europäer. Vor dem Hintergrund der Zuwanderung und der Frage nach Integration stellt sich die Frage nach dem, was wir sind und was uns eigen ist, neu. Der individualisierte, pluralisierte Kontext nimmt der Frage nichts von ihrer Ernsthaftigkeit, erschwert nur die Antwort.

NG/FH: Und gleichzeitig scheint es offensichtlich eine Sehnsucht nach einfachen Antworten zu geben.

Thierse: Die gibt es immer dann, wenn die Situation besonders unübersichtlich ist und die Probleme bedrohlich wirken. Zurzeit erleben wir, dass Einheimische so etwas wie Entheimungsängste verspüren. Die Fremden und das Fremde irritieren das Eigene, stellen das Vertraute infrage. Und nicht alle sind selbstbewusst genug, damit ohne Angst, ohne Aggressivität und Brutalität nach außen fertig zu werden.

NG/FH: Aber das Ziel in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft muss doch sein, wie Johannes Rau es ausgedrückt hat, ohne Angst verschieden sein zu können. Die Menschen haben unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sie leben wollen. Warum kann man diese Unterschiedlichkeit nicht einfach stehen lassen? Brauchen wir wirklich ein neues gesellschaftliches Leitbild, welches die Alteingesessenen wie die

neu Hinzugekommenen einbezieht? Reicht nicht die Rechtsordnung und das verbindliche Regelwerk, das wir in dieser Gesellschaft kennen?

Mazyek: Das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in den letzten Jahren stark erschüttert worden. Das drückt sich z.B. darin aus, dass wir uns zwar theoretisch zubilligen, jeder solle »nach seiner Fassung selig werden« und damit die Freiheitsrechte im Grundgesetz anerkennen. Aber wenn sich dann die Muslime neue Moscheen bauen wollen, die dann möglicherweise auch noch mitten in der Stadt stehen sollen, wenn sie einen eigenen Religionsunterricht, eigene Lehrstühle usw. fordern, dann will man das plötzlich nicht mehr.

Übrigens ist der Fundamentalist eigentlich auch ein großer Zweifler, nämlich an seiner Religion. Nur deswegen begeht er auch diese Taten, wird gewalttätig, will das Leben verkürzen, will sich nicht so viel anstrengen, sondern sucht direkt das Finale, aber ein Finale ins Verderben.

Thierse: All das Notwendige, über das wir bis hierher kurz gesprochen haben, reicht aber nicht aus. Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der Respekt vor unserer Verfassung usw. bilden noch nicht vollständig die Dimensionen der gesellschaftlichen Ordnung ab. Sondern zu dieser gesellschaftlichen Ordnung gehört ein Minimum an gemeinsamen Überzeugungen über unsere Ziele, Ideale, Normen und Werte. Z.B. gibt es kein Vertrauen, wenn nicht tendenziell ein gemeinsames Verständnis darüber existiert, was wir unter Freiheit verstehen.

Auch bei dem Begriff Gerechtigkeit gibt es nie deckungsgleiche Vorstellungen, aber es sollten doch hinreichende Überschneidungen in der Vorstellungswelt über Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenwürde, Integrität der Person und Toleranz geben. Das ist Teil der gesellschaftlichen Ordnung. Das sollte man nicht auf eine Leitkultur verkürzen.

Das muss Gegenstand des gesellschaftlichen Dialogs aber auch des pfleglichen Umgangs miteinander sein und bleiben. Vertrauen kann man nicht dekretieren. Der Staat kann eine funktionierende Rechtsordnung als Basis bereitstellen. Aber das reicht noch nicht aus.

Mazyek: Laut einer Bertelsmann-Studie haben mehr als 20 % das Vertrauen in die Demokratie und diese Gesellschaftsordnung verloren.

Thierse: Es ist ja nicht nur die Irritation durch eine fremde Religion und Kultur, die zu diesem Verlust führt. Das Vertrauen in die gesellschaftliche Ordnung wird auch durch die massive Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit und von Zukunftsungewissheit angesichts dramatischer ökonomischer, technologischer, wissenschaftlicher Veränderungen erschüttert. Wer über die Zukunft unseres Zusammenlebens redet, der muss also auch über die Verantwortung der sozialen und ökonomischen Eliten reden. Das obszöne Verhalten von VW-Managern beispielsweise, sich in dem Moment Boni zu genehmigen, in dem dieses Unternehmen am Rande des Ruins steht, zersetzt das Vertrauen in die Verlässlichkeit bindender Maßstäbe. Hier haben Politik und Ökonomie gemeinsam die Verpflichtung, sich erkennbar für Chancen- und Leistungsgerechtigkeit einzusetzen.

Mazyek: Die Verantwortung von Ökonomie und Politik ist für mich sehr entscheidend. Der Papst hat das in seiner Karlspreisrede sehr klar und deutlich formuliert, hat auch die Banken direkt angesprochen, die Zinspolitik thematisiert. Die Kluft ist tatsächlich vorhanden. Da müsste sich doch auch die Sozialdemokratie die Frage stellen, ob sie es nicht in der Vergangenheit versäumt hat, an den entscheidenden Stell-schrauben zu drehen.

Thierse: Im Rückblick wird noch deutlicher, dass das Ende der Zweiteilung der Welt, die Überwindung des Kommunismus, einen Schritt in die Globalisierung bedeutete und diese Globalisierung eben nicht nur eine Entgrenzung der Ökonomie und der Arbeitsteilung zur Folge hatte, sondern eben auch eine Entgrenzung und zum Teil eine Zerstörung von Verbindlichkeiten, moralischen Werten, Maßstäben, Ordnungen und Vertrauensverhältnissen bedeutete. Politik, Kultur und Religion sollten sich damit beschäftigen, das wiederherzustellen.

NG/FH: Was gibt dann noch Sicherheit und wer entscheidet im Konfliktfall?

Thierse: Politik kann immer nur für einen Teil von Sicherheit zuständig sein. Sie darf sich nicht selbst überschätzen. Politik ist zuständig für Rechtssicherheit und sie hat eine große Verantwortung für soziale Sicherheit. Aber dann gibt es noch eine Dimension, die ich etwas unscharf »menschliche Sicherheit« nenne: die Geborgenheit in menschlichen Beziehungen, familiären Strukturen, Gesellungsformen. Eine Art von Beheimatung, nach der jeder Mensch ein Bedürfnis hat, besonders wenn die Zeiten unsicher sind. Politik muss diesen Teil unserer gesellschaftlichen Beziehungen stützen, pflegen, ihm Entfaltungsmöglichkeiten geben, muss einen Sinn dafür haben.

Aber in diesem zivilgesellschaftlichen, alltäglichen, menschlichen Beziehungsgeflecht hat dann auch Religion ein besonderes Gewicht, weil sie viel mehr als andere Bereiche unseres Zusammenlebens die individuelle Vorstellungswelt prägt und darin moralische Verbindlichkeiten und auch Lebenssinn ausbilden kann. Das kann und darf Politik nicht beanspruchen. Religion hat darin einen ganz wichtigen Status. Und das gilt für das Christentum, das Judentum und den Islam gleichermaßen und ebenso für andere Weltanschauungen, sofern sie sich sozusagen dafür überhaupt zuständig fühlen, was man nicht für alle Formen des Atheismus oder Laizismus sagen kann.

NG/FH: Religion ist höchst ambivalent. Sie kann diese integrierende Funktion haben, kann aber auch – wie wir es jetzt leider vor allem mit dem Islam in Verbindung bringen – durchaus zu Gewaltexzessen führen, wenn man meint, seine Weltanschauung gewaltsam durchsetzen zu müssen. Wie schafft man es da, die Balance zugunsten der humanen und friedensfördernden Kräfte zu halten?

Mazyek: Gerade im individuellen Bereich, etwa in der Familie, kann Religion entsprechend führen, kann bei Fragen der Moral oder der Werte Integrität bewirken. Religion kann auch missbraucht werden, aber in Europa haben wir die Erfahrung gemacht, dass eher Weltanschauungen und Lebensentwürfe missbraucht wurden. Der Erste und Zweite Weltkrieg mit Millionen von Toten sind nicht im Namen des Christentums oder des Islam geführt worden, sondern im Namen von völkischen Ideologien. Wir sollten also nicht ständig alles der Religion, im speziellen Fall dem Islam, zuschreiben. Wir sollten ausgehend von unserem historischen Gedächtnis sagen: Der Missbrauch findet immer nur dann statt, wenn die Ethik, die man da bemüht, keine Rolle mehr für diese Ideologie spielt. Sondern diese wird höchstens missbraucht, als Rhetorik, um die Menschen zu erreichen.

Deswegen sind gerade muslimische Vertreter immer wieder bemüht, bei dieser Frage den ersten Teil wegzulassen, weil der viel zu lange geht und gleich zum zweiten Teil überzugehen. Der fängt mit einer apologetischen Abwehrschlacht an nach der Devise: Guck mal, wir müssen trennen zwischen dem friedlichen Islam und den Extremen oder der Religion, die missbraucht wird oder von Menschen, die sie missbrauchen etc. Aber eigentlich muss man den ersten Teil in die Beantwortung einbeziehen, um das Ganze zu begreifen. Diese Trennschärfe haben wir heute verloren.

Kürzlich gab es ein Beispiel dafür, als ein psychisch kranker Mensch bei einer Gewalttat in Bayern Allahu akbar geschrien hat. Das darf doch nicht Anlass sein, dass die Medien sofort unisono sagen: vermutlich wieder ein islamistisches Attentat. Das hat eine riesige Wirkung. Ich vermisse auch die Selbstkritik, nicht nur bei den Medien, sondern im gesamten gesellschaftlichen Kontext. Es gibt doch ein journalistisches Ethos, demzufolge die Herkunftsreligion im Fall von Straftaten erst einmal keine Rolle spielt. Wenn wir dieses Ethos aufbrechen, dann gilt das für alle und nicht nur für die Muslime. Das wird alles nicht gemacht, das heißt, wir haben also seit über einem Jahrzehnt eine Diskussion, die ständig nur darauf abzielt, irgendwelche Gewaltexzesse ausfindig zu machen und sie dann dem Islam zuzuschreiben. Das ist eine Feststellung, ohne dass ich jetzt für die Muslime die Opferrolle reklamiere. Ich sage

nicht, dass die religiöse Ebene keine Rolle spielt. Sie ist aber nur einer der Indikatoren und nicht der alleinige Indikator.

Thierse: Zunächst einmal muss man ganz nüchtern feststellen, dass die Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts nicht durch Religion motiviert waren, sondern einerseits durch eine rassistische Ideologie und andererseits durch eine Emanzipationsideologie namens Kommunismus, der dann als Stalinismus pervertiert und exekutiert worden ist.

Wir haben aber auch kritisch darauf zu schauen, dass Religion Gewaltpotenzial hat. Religion ist wie andere ideelle Gesamtvorstellungen von Welt natürlich unausweichlich mit einem Wahrheitsanspruch verbunden. Wenn dieser als Ausschließlichkeitsanspruch gegen andere exekutiert wird, dann wird das Gewaltpotenzial von Religion sichtbar.

Der Islam könnte aus der widersprüchlichen Geschichte des Christentums selbst etwas lernen, nämlich die Erfahrung, dass es jahrhundertlang zur Begründung von Gewalt und Krieg instrumentalisiert wurde. Europa ist der Kontinent der Religionskriege. Spätestens mit dem Beginn der Reformation hat das Christentum gelernt, als eine sich selbst mäßigende Religion zu leben. Ausschließlichkeitsansprüche, Wahrheitsansprüche wurden nicht mehr – das war Schritt für Schritt ein langer Prozess – mit den Instrumenten der Gewalt und des Staates durchgesetzt. Ein mühseliger, widersprüchlicher Prozess.

Es ist auch nicht einfach so, dass Menschen dem Islam Gewalt einfach zuschreiben. Sie können gar nicht anders, als diesen Zusammenhang wahrzunehmen, weil sich Gewalttäter, von 9/11 bis hin zum IS selbst auf den Islam berufen. Über die allabendlichen Fernsehnachrichten wird dieser Zusammenhang immer wieder bestätigt. Es bedarf deshalb gemeinsamer Anstrengungen, die Selbstverständlichkeit dieser Verbindung aufzulösen und zu zeigen, was da eigentlich mit dem Islam selbst passiert.

Ich glaube, dass wir uns bei dem Satz »Der Islam gehört zu Deutschland« wieder einig sind. Dann schließen sich aber gleich zwei Fragen an: Welchen Islam meinen wir? Und: Welche Entwicklungen gibt es da? Die einfache Wiederholung des Satzes reicht nun nicht mehr aus. Mit Ihnen und vielen anderen bin ich der Meinung, dass nicht jeder Islam zu Deutschland gehört. Nicht ein freiheitsfeindlicher Islam, nicht ein militanter Islamismus.

Mazyek: Widerspruch von mir, weil Sie da einen Zusammenhang herstellen, wie er zum Teil auch die Debatte bestimmt. Sie machen eine absolut verschwindend kleine Gruppe von Terroristen, die sich – in manchen Fällen sehr explizit, in manchen Fällen durchaus mutmaßlich – auf den Islam beruft, zu Protagonisten des Islams.

Thierse: Die machen es selbst.

Mazyek: Na und? Wenn Che Guevara Gewalttaten im Namen des Sozialismus ausgeübt hat, wird er für mich doch noch nicht zur Inkarnation des Sozialismus, oder?

Thierse: Das muss er sich zurechnen lassen. Ich zitiere ein berühmtes Wort von Ernst Bloch: »Hat der Stalinismus den Sozialismus zur Unkenntlichkeit verzerrt oder zur

Kenntlichkeit gebracht?« Das war die unbequeme Frage, die er bereits in den 30er Jahren stellte. Auch in meiner eigenen Glaubensüberzeugung kann ich nicht von der problematischen Geschichte des Christentums absehen.

Mazyek: Natürlich muss ich mich mit denen auseinandersetzen. In meinem neuen Buch *Was machen Muslime an Weihnachten?* beschreibe ich, wie man in dieses fanatische Gedankengut abrutschen kann und dass der Islam selbst eigentlich genügend Schranken setzt, damit das nicht passiert. Wir müssen darüber mehr mit unserer Jugend diskutieren, mehr Präventions- und Aufklärungsarbeit leisten. Das findet längst statt, wird aber nicht wahrgenommen. Die absolut überwältigende Mehrheit der Muslime denkt so nicht und die Radikalen, die sich in der Minderheit befinden, sollte man bitte nicht ständig zu Botschaftern eines umfassenden religiösen Verständnisses machen.

NG/FH: Trotzdem bleibt die Frage, was salafistische Prediger und deren Gedankengut für junge Leute so attraktiv macht. Es sind ja nicht nur unterprivilegierte, sondern zum Teil durchaus gebildete junge Leute, die sich von dieser Ideologie packen lassen.

Mazyek: Der französische Politikwissenschaftler Olivier Roy hat das als »Jugendrevolte« beschrieben. Da sammeln sich alle, die sich auch ein Stück weit aus der Gesellschaft verabschiedet haben, zum Teil Verlierer sind, Diskriminierung, Rassismus oder Ablehnung erfahren haben. Manch einer ist dann sogar missionarisch be-seelt und sieht seine Möglichkeit für einen Endkampf, den er sich immer schon gewünscht hat. In Syrien wird das dann zu Ende gebracht.

Wissen Sie, was es für manch einen Jugendlichen bedeutet, jeden Tag zu hören, dass der Islam an allem Schuld sei, dass man angepöbelt wird, angespuckt wird, wenn man mit einer Frau auf der Straße geht, die ein Kopftuch trägt? Ganz zu schweigen von Übergriffen auf Flüchtlinge, auf Moscheen etc. Das soll keine Rechtfertigung sein, nur eine Erklärung! Oft handelt es sich um einen Menschen mit einem schwachen Gemüt, der möglicherweise auf der Kippe steht oder der in seiner Biografie irgendwelche Brüche erlebt hat.

Letzte Bemerkung: Der Prozentsatz von Jugendlichen deutsch-russischer Herkunft ist sowohl bei der AfD als auch unter den Salafisten besonders groß. Warum? Zum Teil, weil es Verlierer in der Gesellschaft sind. Aber nur bei den einen bemühen wir soziale Indikatoren, ökonomische und kulturelle Gründe, die Herkunft usw. Und bei den anderen immer den Islam.

NG/FH: Navid Kermani hat in seiner Friedenspreisrede gesagt: »Es gibt keine islamische Kultur mehr, jedenfalls keine von Rang. Was uns jetzt um die Ohren und auf die Köpfe fliegt, sind die Trümmer einer gewaltigen geistigen Implosion.« Stimmen Sie dem zu? Und: Es gibt in Deutschland seit Neuestem auch islamische Lehrstühle an Hochschulen. Sehen Sie im wissenschaftlichen Diskurs eine Chance, Impulse zu setzen, die aus dieser Krise hinausweisen?

Mazyek: Das, was wir im Nahen Osten und anderswo erleben, kann man sicherlich zum

Teil mit Einflüssen von außen begründen: mit der Globalisierung, den Kriegen der USA im Irak und in Afghanistan. Aber der Hauptgrund liegt in der tiefen geistigen und wirtschaftlichen Depression in der muslimischen Welt. Wir sind selber schuld daran.

Ich sehe aber auch sehr wohl viele Chancen, die übrigens schon längst genutzt werden. Sadiq Khan, der muslimische Bürgermeister von London, ist ein Ergebnis auch dieses Prozesses. In den USA gibt es muslimische wissenschaftliche Institute, die eine unglaublich starke intellektuelle und akademische Kraft besitzen. Das wünsche ich mir natürlich auch für Europa und speziell für Deutschland. Wir haben hier einen Nachholbedarf, obwohl es mittlerweile große Potenziale gibt. Wir haben z.B. nicht die geistige Elite aus der Türkei geholt. Ich bin selbst mit einer Türkin verheiratet, deshalb erlaube ich mir, das so zu sagen. Wir haben größtenteils ungelernete Arbeiter geholt. In England und anderswo sieht es zum Teil völlig anders aus.

Mit manchen Positionen, die in den Lehrstühlen vertreten werden, stimme ich nicht überein. So what! Es muss doch ein Wettbewerb stattfinden. Es muss die verschiedensten Impulse geben. In dieser Richtung müssen die Muslime hierzulande noch viel lernen, da sind sie noch ganz am Anfang. Ich sehe aber ganz große Möglichkeiten, dass wir das auch schaffen.

Thierse: Ich sehe diesen Prozess der Entfaltung islamischer Theologie, der innerislamischen Differenzierung, mit großer Neugier, mit Sympathie und mit ziemlich viel Hoffnung. Weil ich glaube, dass die Zukunft des Islam und des friedlichen Zusammenlebens untereinander auch davon abhängt, dass er sowohl dem Einfluss der saudi-arabischen Orthodoxie und dessen Geld, als auch dem anders gearteten Einfluss von DITIB, also der staatlichen türkischen Religionsbehörde, entzogen wird. Ich hoffe, dass damit dem Islam die Chance gegeben wird, mehr zu sein als die Verwaltung seiner eigenen Orthodoxie und er damit die Chance zu größerer Lebendigkeit erhält.

Bezogen auf die vorherige Frage bin ich ganz vorsichtig. Wir sind uns einig, dass eine rein soziale Begründung dafür, dass Leute zu Terroristen werden, nicht ausreicht. Junge Leute haben plötzlich das Bedürfnis nach radikaler Vereinfachung. Das ist ein Teil von Selbstfindung und Selbstbehauptung. Dafür bietet der Islam, in der religiösen Vielfalt, die er ja hat, etwas an. Und das Gefährliche ist, dass das, gerade unter den Bedingungen moderner Kommunikation, mit einer politisch-sozialen Radikalisierung verbunden wird. Auch das Christentum bietet so etwas an. Das schönste Beispiel ist, wenn man ins Kloster geht. Aber das ist eine friedliche Antwort auf dieses dramatische Bedürfnis. Deswegen ist es ganz wichtig, dass der Islam sagt, welche friedlichen, sehr menschlichen Formen er für dieses verständliche Bedürfnis nach radikaler Vereinfachung und Selbstfindung anbieten kann.

Mazyek: Wir brauchen keine »Ismen« und keine muslimischen Lenins, sondern einen muslimischen Gandhi. Diese Veränderung im muslimischen Prozess ist hier im Westen schon in Gang gekommen.

Thierse: Das war ja immer die Erwartung. Die eigentliche Zukunftsentwicklung des Islam, das Herauswinden aus erstarrten Formen, sowohl denkerischer wie ritueller

Art, wird nicht in seinem Stammland stattfinden, sondern eher an den islamischen Rändern, in Europa, in den USA. Da wird der Islam etwas erleben, was zum Beispiel der Global Player namens katholische Kirche auch erlebt. Der lateinamerikanische Katholizismus ist gänzlich anders als etwa der deutsche oder der asiatische. Das ist spannend und dient der Friedlichkeit einer großen Religion, dass sie in sich selbst Unterschiede plötzlich leben kann und leben muss. Das kann an Universitäten geschehen, aber auch das interreligiöse Gespräch kann da eine große Rolle spielen.

NG/FH: Nach den Anschlägen auf die Redaktion von Charlie Hebdo und auf den jüdischen Supermarkt in Paris hat Joachim Gauck bei der Mahnwache am Brandenburger Tor in Berlin gesagt: »Wir alle sind Deutschland.« Ich glaube, diesen Satz mit Leben zu füllen ist eine spannende Aufgabe, der wir uns als Demokraten stellen müssen: um der Freiheit willen.

Farhad Dilmaghani/Johannes Eichenhofer

Eine Einwanderungsverfassung für die Einwanderungsgesellschaft

Die gegenwärtigen Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa und speziell nach Deutschland stellen die hiesige Zivilgesellschaft und Politik vor zahlreiche Herausforderungen. Die Antworten sind diffus, mal mehr in Richtung Abwehr, mal mehr in Richtung Integration der Flüchtlinge. Es fehlt erkennbar ein neuer Kompass für die demografische und immer diverser werdende gesellschaftliche Realität eines Einwanderungslandes. Notwendig wäre es deshalb, ein neues Staatsziel »Vielfalt und Integration« ins Grundgesetz aufzunehmen. Dieser Vorschlag geht zurück auf ein Thesenpapier des Vereins »DeutschPlus – Initiative für eine plurale Republik« aus dem Jahr 2011. Jetzt scheint der Zeitpunkt reif, darüber eine breitere Debatte zu führen.

Wenn hier für die Aufnahme von Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe als Staatsziel im Grundgesetz plädiert wird, bedeutet dies nicht, dass sich das Grundgesetz zu diesen Fragen bisher ausschweigen würde. Vielmehr sind diese Forderungen bereits jetzt Gegenstand individueller Menschenrechte wie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG), dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG), dem Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 GG), der Religions- (Art. 4 Abs. 1 GG) oder der Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG). Diese Menschenrechte verpflichten den deutschen Staat einerseits dazu, sämtliche Maßnahmen zu unterlassen, die den einzelnen Bürger dazu verpflichten würden, seine ethnisch-kulturelle Identität zugunsten einer kulturellen Assimilation aufzugeben. Andererseits gewähren Menschenrechte dem Einzelnen auch ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe.

So wichtig und richtig dieser individualrechtliche Ansatz auch ist, so genügt er doch nicht, um den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Der Staat sollte nicht nur verpflichtet sein, individuelle Freiheitsräume und hierin entstehende Vielfalt nicht anzutasten, sich also »passiv« zu verhalten. Er sollte